Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 62 (1968)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : rettet die Ibo! ; Vietnam - eine Sackgasse ; Innere Unbeweglichkeit in Amerika ; Der Rückschlag in Frankreich ; Für einen neuen Sozialismus ; Westdeutsche Aufgaben ; Die Tschechoslowakei im Kampf ; Es eilt für Israel!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141462

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

den Bestimmungen internationalen Rechts, die sich auf obenerwähnte Probleme beziehen, aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, bis zur Annahme neuer internationaler Bestimmungen in bezug auf bewaffnete Konflikte dafür zu sorgen, dass Zivilbevölkerung und Militärkräfte «in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts geschützt werden, geht doch das Völkerrecht zurück auf die Gebräuche zivilisierter Völker, auf die Gesetze der Menschlichkeit und die Gebote des Weltgewissens*;

3. *appelliert* an alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, sich auf die Haager Konventionen von 1899 und 1907, das Genfer Protokoll von 1925 und die Genfer Konventionen von 1949 zu verpflichten.

Vorstehende Resolution wurde im Plenum der Konferenz von 67 Ländern angenommen. Keine der Delegationen stimmte dagegen.
Der Stimme enthielten sich die Schweiz und Südvietnam.

---

* Die in Anführungszeichen zitierten Worte sind der Präambel der Haager Konvention Nr. 4 vom 18. Oktober 1907 entnommen. Sie ist bekannt unter dem Namen «Martens Clausel», nach ihrem Autor Professor F. F. de Martens. Die gleichen Worte werden zitiert in jeder der vier Genfer Konventionen von 1949 (erste Konvention Art. 63, zweite Konvention Art. 62, dritte Konvention Art. 142 und vierte Konvention Art. 158). Siehe Bulletin of the International Commission of Jurists, Nr. 34, S. 43.

WELTRUNDSCHAU

Rettet die Ibo! Manche Leser und Leserinnen haben zweifellos ein Wort in unseren internationalen Überblicken zugunsten der von eigentlicher Ausrottung bedrohten *Ibo,* der Hauptbewohner von *Biafra,* vermisst. Dass es bisher ausblieb, ist ein Versäumnis, das mir ehrlich leid tut und das ich nicht entschuldigen möchte, aber vielleicht doch einigermassen erklärlich machen darf durch den Hinweis auf die vielen anderen und zum Teil uns unmittelbar berührenden Vorgänge in der Welt draussen, die es hier zu besprechen gab, wie auch auf die verwickelte Natur des Verhältnisses zwischen der Zentralregierung von Nigeria und der vom Bundesstaat abgefallenen Südostprovinz Biafra. Inzwischen ist aber aus der «Polizeiaktion» der Regierung von Lagos gegen Biafra eine Operation geworden, die nach dem eindeutigen militärischen Sieg der Bundestruppen zu nichts anderem führen kann als zur körperlichen Ausrottung des grössten Teils der Bewohner Biafras, wenn ihr nicht von aussen her schleunigst Einhalt geboten wird. Von den etwa acht Millionen Biafranern leben nach zuverlässigen Berichten der unter ihnen tätigen Hilfsorganisationen, besonders auch des Internationalen Roten Kreuzes, mindestens drei Millionen in einem ganz unvorstellbaren Elend. Heute, so vernimmt man, sterben jeden Tag 200 Menschen buchstäblich Hungers, und

die Gefahr ist gross, dass es bald ihrer tausend oder mehr werden. Hilfsunternehmungen verschiedener Art und aus einer Reihe von Ländern sind bereits im Gang; aber es ist dringend nötig, dass sie an Umfang und Leistung vervielfacht werden, wenn die Reste des Volkes der Ibo überhaupt noch gerettet werden sollen.

Wie ist es zu dieser entsetzlichen Lage gekommen? Im Widerstreit der Meinungen darüber habe ich wieder nachgelesen, was der Amerikaner John Gunther in seinem Buch «Afrika von innen» (1957 in deutscher Übersetzung vom Humanitasverlag in Zürich herausgegeben) über den Gegensatz zwischen Nordnigerien (das den Bundesstaat beherrscht) und dem Ostteil des Landes berichtet. Mit einer Bodenfläche von 720 000 Quadratkilometern ist Nordnigerien doppelt so gross wie West- und Ostnigerien miteinander. Auch seine Bevölkerung – rund 17 Millionen – ist stärker als diejenige der beiden anderen Landesteile zusammen. Und nicht nur das. Nordnigerien ist auch volksmässig, sozial und kulturell ganz anders geartet als West- und Ostnigerien. Sein Gegensatz besonders zu Volk und Land der Ibo ist abgrundtief. Der Hauptstamm Nordnigeriens sind die Haussa, die einer primitiv feudalistischen Gesellschaftsverfassung unterworfen sind und einem strengen Mohammedanismus huldigen. Sie leben, wie Gunther schreibt, «nicht nur in äusserster Armut, sondern sind auch unglaublich unwissend». «Die Haussa sind ein Volk ohne einen Funken schöpferischer Kraft oder Aufgeklärtheit – ohne Kunst, Literatur oder auch nur Handfertigkeit. Die durchschnittliche Hausfrau kann nicht nähen.» Auch sonst ist nach dem Urteil des Verfassers die Stellung der Frau mohammedanisch-unwürdig, «so dass es fast unmöglich ist, Krankenpflegerinnen oder Lehrerinnen zu bekommen... Ein Arzt, den wir trafen, brauchte Gehilfinnen für seine Aussätzigenabteilung, aber die einzigen Frauen, die er bekam, waren Prostituierte. Und diese taten, wie gesagt werden muss, ihre Arbeit sehr gut.»

Im Gegensatz dazu sind die Ibo im Südosten ein ungemein aufgewecktes, wirtschaftlich und geistig fortschrittliches, grossenteils auch christliches Volk, eines der ausgeprägtesten und bedeutendsten von ganz Afrika; sie haben auch keine Häuptlinge. Sie wandern gern aus und haben sich als Handwerker, Kaufleute usw. namentlich auch im Norden angesiedelt. Die Nordnigerier, so stellt Gunther fest, «hassen sie... ganz einfach darum, weil wenige Nordnigerier auch nur eine elementare Bildung haben und Leute aus dem Süden importiert werden müssen, um wichtige Stellen zu besetzen... Das hat viel böses Blut gemacht, und anfangs 1953 kam es zu ernsten Unruhen in Kano (der Hauptstadt des Nordens), bei denen die Menschen mit Dolchen, Pistolen und – jawohl – Pfeil und Bogen aufeinander losgingen.»

Das war aber alles nichts im Vergleich zu den späteren Ausbrüchen von Ibohass unter den Haussa. Im Jahr 1967 begann es mit der wahllosen Abschlachtung von etwa 3000 Ibo, die daraufhin massenhaft aus Nordnigerien flohen. Die Metzelei ging aber hemmungslos weiter, bis die Regierung der Ostprovinz versuchte, durch einen Vertrag mit der Zentral-

regierung wieder geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Der Vertrag wurde auch unterzeichnet, aber von der Bundesregierung nicht eingehalten, so dass sich schliesslich bei den Ibo die Überzeugung durchsetzte, dass nur die saubere Trennung ihres Staats Biafra vom übrigen Nigerien ein Weiterleben ihres Volkes gewährleisten könne. An dieser Überzeugung halten sie unverbrüchlich fest, entschlossen, lieber unterzugehen als sich von neuem dem fanatischen, brutalen Herrengeist der Nordnigerier zu unterwerfen.

Dass die Ibo in ihrem Verzweiflungskampf militärisch unterlagen und nun trotz allem wieder Gesamtnigerien eingegliedert werden, ist nicht nur die Folge der zahlenmässigen Überlegenheit der Bundestruppen, sondern wesentlich auch der massiven Unterstützung mit Waffen und Geld durch Grossbritannien und (in geringerem Mass) die Sowjetunion. Die britische Labourregierung glaubte das Recht zu solcher Unterstützung zu haben, weil es sich formell um eine innernigerianische Auseinandersetzung handelte, weil ferner eine Verweigerung von Waffenlieferungen an ein Mitglied des britischen Staatenbundes (des Commonwealth) von anderen Mitgliedstaaten wie besonders von einer Reihe selbständig gewordener afrikanischer Länder, die gleichfalls Schwierigkeiten mit ihren Minderheiten haben, höchst ungern gesehen worden wäre, und nicht zuletzt, weil das englische Ölkapital bedeutende Interessen in Nigerien hat und deren Schädigung im Fall einer dauernden Trennung Ostnigeriens vom Gesamtstaat befürchtet. Es hat etwa 300 Millionen Pfund (3000 Millionen Schweizer Franken) in Nigerien angelegt, grossenteils in Biafra, und will Nigerien zu einer neuen Quelle seiner Ölversorgung ausbauen, die sicherer wäre als die Öllager im Mittelosten.

Für eine sich sozialistisch heissende Regierung ist diese ganze Haltung freilich eine Schande. Und der linke Flügel der Labourfraktion im Unterhaus macht denn auch seit Monaten alle Anstrengungen, um eine Einstellung der Waffenlieferungen aus England an Nigerien zu erreichen, bisher freilich vergebens, anscheinend auch darum, weil die Londoner Regierung eine Festsetzung der Sowjetunion in Nigerien voraussieht für den Fall, dass England sich zurückziehen würde. Aber es *muss* doch endlich etwas geschehen, um den entsetzlichen Volksmord, der in Biafra verübt wird, aufzuhalten – auch wenn die Vereinten Nationen sich wieder einmal, wie auch im Fall Vietnam, für unzuständig erklären, gegen dieses Kolossalverbrechen einzuschreiten. So bleibt es in der Hauptsache privaten Organisationen überlassen, die Millionen Iboflüchtlinge, die jetzt grauenhaft zu verenden drohen, zu retten. Möge es ihnen gelingen! Mögen sie den Wettlauf mit der Zeit gewinnen, die ohne tatkräftigstes menschliches Eingreifen selbsttätig *gegen* die Ibo und für die erbarmungslosen Nordnigerier samt ihren britischen wie sowjetischen Helfershelfern arbeitet!

Vietnam – eine Sackgasse Inzwischen geht es mit dem *Frieden für Vietnam* nicht so vorwärts, wie es nach der sensationellen Erklärung Präsident Johnsons vom 31. März geschienen hatte. Die amerikanisch-nordvietnamischen Gespräche in Paris

wollen nicht vom Fleck kommen. Es ist immer das gleiche Hindernis, das der Eröffnung wirklicher Friedensverhandlungen im Weg steht: die Forderung Nordvietnams, dass die Vereinigten Staaten ihren Luftkrieg und ihre übrigen militärischen Unternehmungen gegen Nordvietnam vollkommen und bedingungslos einstellen. Die Amerikaner weigern sich indessen nach wie vor hartnäckig; Nordvietnam habe auf die wesentliche Einschränkung der Luftangriffe nur mit einer Verstärkung seines militärischen Einsatzes in Südvietnam und besonders mit der planmässigen Umzingelung und Beschiessung Saigons geantwortet, statt seinerseits die Kriegshandlungen zu vermindern. Worauf Hanoi natürlich erwidert, dass die Erweiterung der nordvietnamischen Kriegführung ja gerade die Folge der Weigerung Washingtons sei, den Luftkrieg gegen Nordvietnam abzubrechen, wie das nicht nur von zahlreichen beachtenswerten Stimmen der internationalen Welt gefordert werde, sondern auch von einem grossen Teil der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten selber. Sobald sich die amerikanische Regierung dazu entschliesse, würden die Friedensverhandlungen schnell in Gang kommen.

Warum aber die Unwilligkeit Washingtons, das Hindernis für solche Verhandlungen aus dem Weg zu räumen? Es liegt nicht daran, dass etwa Präsident Johnson die Ankündigung seines Rückzugs aus der Politik und der Bereitschaft seiner Regierung zu förmlichen Gesprächen mit Vertretern Nordvietnams nicht ernst gemeint hätte. Er kann nach allem wirklich nicht mehr hoffen, als Retter in der Not doch noch von seiner Partei zur Wiederwahl vorgeschlagen und vom Volk auch gewählt zu werden. Die Gründe, die ihn für die Scharfmacher wie für die Gemässigten aller Schattierungen in seinem Land untragbar gemacht haben, bestehen unvermindert weiter. Unter seiner Führung ist Amerika in seiner Vietnampolitik wie in seiner Ostasien- und Weltpolitik überhaupt von Niederlage zu Niederlage geschritten und droht in eine Katastrophe zu stürzen, wie es sie in seiner ganzen Geschichte noch nicht erlebt hat. Die Vereinigten Staaten *können* einfach den Vietnamkrieg nicht gewinnen. Sie sind militärisch klar in eine hoffnungslose Verteidigung gedrängt worden, sind moralisch durch ihre verblendete Unterstützung des von Grund auf faulen und volksfeindlichen Regiments in Südvietnam gänzlich in Verruf gekommen und sind ausserstand, die soziale Revolution in Südost- und Ostasien, mit China als Hauptträger, durch militärische Kraftentfaltung zum Stehen oder gar zur Rückbildung zu bringen. Das sind Tatsachen, deren Gewicht sich die überwiegende Mehrheit auch der sonst regimetreuen amerikanischen Politiker und namentlich auch der massgebende Teil der kapitalistischen Oberklasse nicht mehr entziehen können. Aber sie wagen nicht offen die Folgerungen daraus zu ziehen: Rückzug – wenn auch nur stufenweise – aus Vietnam. Sie fürchten die unheilvollen Wirkungen, die eine solche Preisgabe Vietnams auf ganz Südostasien, auf den weltweiten militärisch-wirtschaftlichen Kampf gegen den Kommunismus, auf das ganze Weltansehen Amerikas und auf den Fortgang der innerpolitischen Oppositions-

bewegung in den Vereinigten Staaten selbst haben müsste. Sie fürchten wohl sogar für den Weiterbestand des kapitalistischen Weltsystems selber, das sich von einer Erschütterung der Grossmachtstellung seines Hauptträgers nicht mehr erholen werde...

Darum also das Zögern Washingtons, durch die völlige Einstellung des Luftkriegs gegen Nordvietnam den Weg zu Verhandlungen mit dem Kriegsgegner freizumachen, die eben zu nichts anderem führen könnten als zur Festlegung eines Plans für die allmähliche militärische Räumung Südvietnams durch die USA und zur Anerkennung des Rechtes von Südvietnams Volk, ohne Druck von aussen über seine soziale und politische Lebensform selber zu bestimmen. Man möchte auf amerikanischer Seite zwar Nordvietnam dazu bringen, dass es seinerseits die Unmöglichkeit eines militärischen und politischen Sieges in Südvietnam anerkenne und den Amerikanern wenigstens einen «ehrenvollen» Rückzug aus ihrem bankerotten Unternehmen erlaube. Aber davon will man in Hanoi wie beim Vietkong offenkundig nichts wissen. Die neue Anstrengung, die auf nordvietnamischer Seite unternommen wird, um doch noch den Sieg auf dem Schlachtfeld und den Zusammenbruch des südvietnamischen Puppenregimes zu erzwingen, beweisen es eindeutig.

Was will und soll man also auf amerikanischer Seite tatsächlich unternehmen? Die Stimmen mehren sich, dass die Vereinigten Staaten keine andere Wahl hätten, als ihrerseits die *Kriegführung in Vietnam massiv zu verstärken und zu erweitern,* um den bereits verlorenen Krieg mit einer letzten nationalen Kraftanstrengung doch noch zu gewinnen. Die USA-Streitkräfte in Vietnam müssten dafür um ein paar weitere hunderttausend Mann vermehrt und womöglich mit Atomwaffen und chemisch-biologischen Vernichtungsmitteln ersten Ranges ausgestattet werden. Ein Kriegsapparat, wie er bisher noch nie und nirgends aufgestellt worden ist, müsste in Gang gesetzt werden, der zu den 24 Milliarden Dollar, die der Vietnamkrieg Ende 1967 jährlich gekostet hat, mindestens weitere neun Dollarmilliarden (gegen 30 Milliarden Schweizer Franken) im Jahr verschlingen müsste. Das wäre das erste. Aber würde damit der «Sieg über den ostasiatischen Kommunismus» wirklich gewährleistet? Trotz den hoffnungsfrohen Versicherungen der Militärführer ist das höchst unwahrscheinlich. Vietnam könnte zwar vielleicht vollends ganz vernichtet und sein Volk ausgetilgt werden – aber ein Sieg für Amerika wäre das nicht einmal militärisch, geschweige denn politisch und wirtschaftlich. Die Riesenausgaben, die der erweiterte Vietnamkrieg erheischen würde, müssten zu einem erhöhten Defizit im Staatshaushalt, zu Inflation und zu weiterer Einschränkung aller Sozialdienste führen. Die Zahlungsbilanz würde fast hoffnungslos verschlechtert, was zu neuen Krisen des internationalen Geldsystems Anlass böte. In der ganzen kapitalistischen Welt würde eine wirtschaftliche Verwirrung entstehen, die sämtliche politischen und sozialen Brandherde in den fünf Erdteilen entzünden, Revolutionsbewegungen in den unterentwickelten Ländern auslösen, nationalistische und Rassenkriege entfesseln und den Klassenkampf auch in den «gesättigten» kapitalistischen Staaten

verschärfen könnte, ja müsste. In den Vereinigten Staaten selbst aber würde sich fast sicher der Rassen- und Klassengegensatz auf eine Art und Weise zuspitzen, dass mit Ausbrüchen revolutionärer Gewalttätigkeit und entsprechender gegenrevolutionärer Gewaltanwendung in bisher nicht gekanntem Ausmass zu rechnen wäre.

Es ist eine unheimlich gefahrvolle Lage, in die sich die Regierung der Vereinigten Staaten selbst hineinmanövriert hat. Vorwärts, durch Ausweitung des Vietnamkriegs, *kann* sie nicht, ohne eine unabsehbare Kettenreaktion von weltweiten Katastrophen auszulösen. Rückwärts, unter Räumung Vietnams, *will* sie nicht, weil ihr die Folgen, die das für Amerikas Weltstellung hätte, unzumutbar erscheinen. Bleibt ihr aber, bei nüchterner Abwägung des Für und Wider, doch nichts anderes übrig, als das wohl kleinere Übel zu wählen und aus der Sackgasse, in die sie sich verrannt hat, durch schleunige Umkehr und entschlossenen Rückzug ihrer Vietnamarmee auszubrechen?

Innere Unbeweglichkeit in Amerika Man sollte wirklich meinen, dass einer halbwegs weitsichtigen, verantwortlich denkenden Staatsführung in den USA eine solche Herumreissung des aussenpolitischen Kurses nicht unmöglich wäre. Aber gerade in der Vietnamfrage steht eben, wie bemerkt, die ganze Zukunft des amerikanischen Kapitalismus im Spiel, und dass irgendeine Gruppe der herrschenden Klasse hier freiwillig ein Wagnis einzugehen den Mut hätte, das erscheint völlig ausgeschlossen. Dies um so mehr, als der Aufmarsch zum Kampf um die Präsidentschaft nun bald klare Formen annehmen wird. Die Kandidaten beider grossen Parteien – und andere fallen von vornherein ausser Betracht – werden sich natürlich alle für den Frieden in Vietnam erklären, wenn sie ihn auch auf verschiedenen Wegen herbeiführen wollen. Aber keiner wird dafür auch nur ein Stück von Amerikas Weltgeltung zu opfern bereit sein. Und keiner wird daran denken, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, auf der diese Weltgeltung beruht, ernsthaft in Frage zu stellen. An dieses System – die «freie Privatinitiative», die dem «Tüchtigen» fast unbegrenzte Bereicherungsmöglichkeiten gewährleistet – glaubt ja nicht nur die kapitalistische Oberklasse, sondern noch immer auch die grosse Mehrheit des unteren Volkes und der Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten. Von ihm abzugehen fällt dem Durchschnittsamerikaner nicht im Traum ein. Der Wirtschaftsaufschwung, der die jüngsten Jahre kennzeichnete, hält zudem nach einem Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 403) «nicht nur unvermindert an, sondern zeigt noch eine weitere Intensivierung». Die Neuaufträge der Industrie, besonders der Auto- und der Stahlindustrie, haben einen neuen Höchststand erreicht; der Absatz der meisten Industriegüter stieg in den letzten Wochen noch stärker als der Bestellungseingang, und die aussergewöhnliche Zunahme der Abzahlungskredite deutet darauf hin, dass an der Konsum- und Wohlstandsgesellschaft grössere Bevölkerungskreise teilhaben als

je – trotz den 40 Millionen bettelarmen Amerikanern, die es immer noch gibt. Nein, von einer Preisgabe dieser herrlichen Ordnung darf in einem Wahljahr auch nicht entfernt die Rede sein, weder bei den Politikern noch bei den gewöhnlichen Wählern und Wählerinnen.

Nicht einmal zu tiefer einschneidenden sozialen und politischen Reformen wird es in der voraussehbaren Zukunft kommen. Was auf die Ermordung Robert Kennedys folgte, macht das aufs neue deutlich. «Noch vor einem Monat», berichtet Andrew Kopkind dem Londoner «New Statesman» vom 21. Juni aus Amerika, «konnte der ‚neue Liberalismus' oder ‚McKennedyismus' die Unterstützung durch 80 Prozent der demokratischen Wählerschaft für sich in Anspruch nehmen; jetzt ist er auf einen Viertel dieses Umfangs zusammengeschrumpft. Konnte er zuerst als eine Bewegung gelten, die sich um grundlegende Fragen wie Krieg und Armut drehte, so scheint sie jetzt nicht mehr viel mehr zu sein als ein Parteiflügel... Grosse Teile der Kennedy-Anhängerschaft schwenkten nach dem Mord zur Kandidatur von Vizepräsident Humphrey ab. McCarthy macht wiederum den Eindruck einer blossen Randfigur, die mehr darauf ausgeht, eine Proteststimmung politisch zu kanalisieren, als Macht zu gewinnen.»

Alle schönen Programme für Frieden, Sozialreform und Rassengleichheit haben sich als wesenloses Gerede erwiesen angesichts der gewaltigen Macht des Grosskapitals und seiner Einrichtungen. Und was noch 1963 in Gestalt des berühmten Marsches auf Washington mit seiner Viertelsmillion von Teilnehmern der fast phantastisch hoffnungserweckende Anfang eines innerpolitischen Umschwungs schien, das hat als neuer «Marsch der Armen» in die Bundeshauptstadt (kaum 50 000 Teilnehmer) in der barackenmässig hergerichteten «Stadt der Auferstehung» ein eher bemitleidenswertes Ende gefunden. Die von Martin Luther King geführte gewaltlose Auflehnung gegen das Rassen- und Klassenunrecht hat dadurch einen Schlag erlitten, der nicht leicht zu verwinden sein wird. Der Glaube des amerikanischen Negervolkes an ein friedliches Hineinwachsen in die kommende neue Gesellschaft der Vereinigten Staaten ist jedenfalls noch weiter erschüttert worden. Und nur die sich anscheinend neuerdings abzeichnende Bewegung unter der Negerschaft, statt die Rassenstruktur der amerikanischen Gesellschaft ihre *Klassenstruktur* planmässig anzugreifen, also eine Verbindung zwischen weissen und schwarzen «Radikalen» auf sozialistischer Grundlage herzustellen, eröffnet vielleicht Aussichten auf eine echte, umfassende Opposition gegen Kapitalismus und Imperialismus ohne utopisch-romantische Abirrungen, wie sie die «black power»-Agitation darstellt. Aber in dem Mass, da eine solche Opposition zur ernsten Gefahr für das bestehende Regiment würde, dürfte eben auch die Neigung zu ihrer gewaltsamen Unterdrückung zunehmen. Ob nun Humphrey, der Demokrat, oder Nixon, der Republikaner, an der Spitze der Regierung nach Johnson stehen wird, die Möglichkeit einer *Militärdiktatur,* von der jetzt in wachsendem Mass die Rede ist, liegt in einer derartigen fastrevolutionären Lage nur zu nahe. Auf jeden Fall wird die neue Regierung, wie der Verfasser des vorhin erwähnten Artikels im «New Statesman» vor-

aussagt, vor einer unmöglichen Entscheidung stehen: «Weitgehende Zugeständnisse an die Arbeiterschaft machen, die zu weiterer Inflation führen und den Zerfall des Dollarwerts beschleunigen würden, oder die Wirtschaft einfrieren lassen und bittere Streikbewegungen durchstehen mit der Möglichkeit von Konflikten, die über die jetzt schon bestehenden sozialen Störungen noch hinausgehen würden. Weder Nixon noch Humphrey können so leicht den Sprung im Schaufenster eines Wohlstandsamerika verkleistern.»

Der Rückschlag in Frankreich In Europa galt unser aller Aufmerksamkeit während des Monats Juni vornehmlich der Entwicklung der Dinge in *Frankreich.* Schon in unserer letzten Rundschau wiesen wir darauf hin, dass General de Gaulle und die hinter ihm wirkenden konservativen Kräfte bei der *Neuwahl der Nationalversammlung,* in die sie sich geflüchtet hatten, in erster Linie auf die Erschöpfung der revolutionären Bewegung und auf das Bedürfnis grosser Teile der Bevölkerung nach Ruhe und Ordnung und nach Erholung von den Streikschäden spekulierten. Wie richtig psychologisch diese Spekulation war, hat der Wahlausgang erwiesen. Man rechnete zwar fast allgemein mehr und mehr mit einem Erfolg des Regimes; dass er aber so überwältigend stark ausfallen würde, wie das besonders bei den Stichwahlen vom 30. Juni Ereignis wurde, das war dann doch eine grosse Überraschung, auch für die Gaullisten selber. Die neue «Volksvertretung» ist tatsächlich zu fast drei Vierteln gaullistisch und die im engeren Sinn als Trägerin der Politik Herrn de Gaulles anzusprechende Union Démocratique (!) pour la Cinquième République besitzt für sich allein eine weit über das Notwendige hinausgehende absolute Mehrheit, während die Oppositionsparteien auf einen Restbestand zusammengeschmolzen sind, der sich wahrhaft kläglich ausnimmt. Die Demokratisch-Sozialistische Föderation der Mitte hat von ihren 118 Sitzen mehr als die Hälfte (61) verloren und gerade noch 57 retten können, und noch schwerer angeschlagen sind die Kommunisten, die bisher 73 Abgeordnete gestellt hatten, aber jetzt nur noch deren 34 besitzen, also einen Verlust von 39 Vertretern erlitten haben. Die Zwischenparteien sind gleichfalls geschwächt worden; die Unabhängigen Sozialisten sind überhaupt verschwunden.

Die Ursachen dieser politischen Katastrophe braucht man nicht weit zu suchen. Natürlich kann und muss man auf das zynisch ungerechte Wahlsystem hinweisen, das es den Anhängern de Gaulles erlaubt hat, eine nie dagewesene Mehrheit im Parlament zu erringen, obwohl sie nur eine Minderheit der Wähler hinter sich brachten. Aber das ist es ja gerade: die Oppositionsparteien hätten sich überhaupt niemals auf eine Parlamentswahl unter solchen den Volkswillen verfälschenden Umständen einlassen dürfen, zumal die gaullistische Kammer auch im Hinblick auf ihre verfassungsmässigen Rechte nur das Zerrbild einer Volksvertretung und der wirkliche Souverän in der Fünften Republik einzig Herr de Gaulle ist.

«L'Etat c'est moi!» – das ist ja von Anfang an die Grundüberzeugung dieses autoritären Romantikers gewesen, der glaubt, als moderner Charles le Grand und dreifacher Retter Frankreichs aus Todesnot in die Geschichte eingehen zu können. Mit Recht lehnte es die gesamte Opposition ab, auf den Referendumstrick de Gaulles einzutreten; als er aber mit seinem zweiten Trick herausrückte und Neuwahlen auf Grund einer durch und durch demokratiewidrigen Verfassung anordnete, da fielen sämtliche Widerstandsgruppen darauf prompt herein. Sie erklärten sich einverstanden, den Kampf um das künftige Regime Frankreichs auf dem Boden auszufechten, den General de Gaulle geschaffen und gewählt hatte, spielten also sein Spiel gehorsam mit – und bekamen denn auch ihren Lohn in überreichem Mass, wie sie es selbst nicht geahnt hatten. Wenn die Linke einig und zur Übernahme der Regierung entschlossen gewesen wäre, wenn sie ein klares Regierungsprogramm gehabt und vertreten hätte, wenn sie ohne Angst vor «Anarchie» die Manöver des Staatschefs rücksichtslos aufgedeckt und gebrandmarkt hätte – sie hätte de Gaulle wirklich stürzen können. Es ist so, wie Jean Daniel im «Nouvel Observateur» (Nr. 190) feststellt: «Am 29. Mai wandte sich die öffentliche Meinung fast einmütig der Linken zu. Dass keine Staatsautorität mehr da war, wurde für alle unerträglich. All die Wähler, die in diesen letzten Tagen gewissen Persönlichkeiten der Linken vorgeworfen haben, sie hätten versucht, die Macht gesetzwidrig zu ergreifen, empörten sich damals im Gegenteil über ihr Schweigen, ihre Untätigkeit, ihre Uneinigkeit. Die Linke hat die Wahlen nicht verloren, weil sie versucht hat, die Macht zu ergreifen. Sie hat sie verloren, weil sie die Macht *nicht* ergriffen hat.»

Man könnte tatsächlich dieses vollkommene Versagen der Oppositionsparteien überhaupt nicht verstehen, wüsste man nicht, dass sie auch grundsätzlich, abgesehen vom Wahlsystem, von Gesetz und Verfassung, de Gaulles Spiel mitgespielt haben. Ich habe schon im Juniheft dargelegt, dass es den Sozialdemokraten und Linksradikalen wie besonders den Kommunisten völlig am Willen zum Sturz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnungen gebrach. Sie haben nach anfänglicher offener Ablehnung der Studentenrevolte und der gewaltigen «wilden» Streikbewegung nur widerwillig «mit den Wölfen geheult», das heisst die Aufstandsbewegung nur in die Hand zu bekommen und zu kanalisieren versucht, um *keine wirkliche Revolution* daraus werden zu lassen. Wohl hätten sie mehr oder weniger gern de Gaulle beseitigt gehabt, und Mitterand empfahl sich ja bereits als seinen Nachfolger. Aber ihr Hauptanliegen war doch, sich vor der Wählerschaft als zuverlässige Ordnungsmacht zu erweisen, die von allem Putschismus und Revolutionarismus genau so, ja noch entschiedener abrückte als de Gaulle selber, vielmehr die Auseinandersetzung mit ihm auf «gesetzlichem» Boden, im Rahmen der bestehenden Verfassung und damit natürlich auch weithin der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung vorzunehmen wünsche. Dass diese Taktik schon rein im Hinblick auf einen Wahlerfolg vollkommen verfehlt war und zum Gegenteil des angeblich erstrebten Ziels, der Entfernung de Gaulles, führen musste, lag für jeden Grundsatzsozialisten

durchaus klar auf der Hand. Sie bedeutete einfach den Verzicht auf die so lebensnotwendige Neugestaltung Frankreichs aus dem Geiste des Sozialismus. Sie bedeutete die unausgesprochene Annahme der ganzen bürgerlich-kapitalistischen «Ordnung» und damit die Unmöglichkeit, der von de Gaulle und seinen Leuten erzeugten sozialismusfeindlichen, gegenrevolutionären Panikstimmung einen haltbaren Damm entgegenzusetzen. Ja, sie trug entscheidend dazu bei, die reaktionäre Sturmflut noch zu verstärken. Der unwahrhaftige Antikommunismus, in dessen Zeichen de Gaulle den Wahlkampf stellte, erlebte einen Triumph wie seit Hitler, Mussolini und Franco noch nie und nirgends. Hochbefriedigt stellte denn auch die «Neue Zürcher Zeitung» in ihrem Wahlkommentar fest, dass in Frankreich nun auch die Stammgefolgschaft der Kommunisten (und Sozialisten) «Angst vor dem bekam, was noch weiter links zu drohen schien». «Man hat nun», so schrieb der Kommentator, «zum ersten Mal erlebt, wie Arbeiter, Angestellte und andere kleine Leute, die in einem lateinischen Land seit Generationen überlieferungsgemäss ‚de gauche' sein mögen und auch die Kommunistische Partei als Pressionsmittel für ihre Interessen keineswegs verachteten, reagieren, wenn plötzlich ein *wirklicher* Umsturz mit linksextremen Vorzeichen vor der Türe steht.» Dass in dieser Panikluft ein irgendwie kraftvoller Widerstand gegen den Gaullismus unmöglich gedeihen konnte, ist selbstverständlich. Und wenn dazu noch das wahltechnische Übergewicht des gaullistischen Staatsapparats über die Propaganda der Linken kam, so war das Schicksal der Opposition unwiderruflich besiegelt.

Für einen neuen Sozialismus Die französische Linke täuscht sich also selbst, wenn sie jetzt die Schuld für ihre schwere Niederlage den Ausschreitungen und Übermarchungen des studentischen Aufstandes und der Streikbewegung zuschieben will. Die Fehler und Sünden, die auf dieser Seite begangen wurden, sind gewiss Tatsache, und sie haben den Sozialismus und seine *echt* revolutionären Anliegen wieder einmal verhängnisvoll in Verruf gebracht, nicht nur in Frankreich, sondern mindestens in West- und Südeuropa desgleichen. Darüber habe ich einiges schon im Juniheft gesagt und will sofort darauf zurückkommen. Was jetzt aber vor allem nottut, das ist, dass die sich irgendwie auf den Sozialismus berufenden Bewegungen Frankreichs ihr *eigenes,* tiefes Verschulden im Blick auf den Triumph der Gegenrevolution erkennen und offen anerkennen. Was sie sich vorzuwerfen haben, grenzt tatsächlich an Verrat. Das gilt für Sozialdemokraten und Linkssozialisten, noch mehr aber für die Kommunisten, die ihre revolutionäre Seele verloren haben. Sie sind, zum Teil wahrscheinlich vollbewusst, tatsächlich zu Mitarbeitern, ja Handlangern der de Gaulle, Pompidou, Debré und der «200 Familien» geworden, die Frankreichs Wirtschaft und Staat beherrschen. Die konservativen Mächte haben sich jedenfalls darauf verlassen können, dass die Kommunistische Partei und die von ihr beeinflusste Confédération Générale du Tra-

vail (die Gewerkschaftsorganisation CGT) die Arbeiter und Angestellten wieder in die Hand bekommen und die Gefahr einer wirklichen Umwälzung abwenden würden. Die Kommunisten haben sich um so eher zu dieser Rolle hergegeben, weil sie sich recht wohl in die gegenwärtige Aussenpolitik der Sowjetunion und der ihr noch bedingungslos folgenden östlichen Volksrepubliken einfügt. Für die Vertreter dieser Politik ist eben de Gaulle nicht nur ein westlicher Imperialist und Nationalist; er ist auch ein wertvoller stiller Verbündeter im Kampf gegen die Vereinigten Staaten, der als solcher geschont, wenn nicht unterstützt werden muss. Sollte er fallen, so wäre es nach sowjetischer Meinung mit der Amerikagegnerschaft Frankreichs aus. Die Vereinigten Staaten, die nicht gegen ein gaullistisches Frankreich einschreiten dürfen, weil es eben bürgerlich-kapitalistisch ist, würden beim Sieg eines revolutionär-sozialistischen Frankreich ohne viel Hemmungen genau so einschreiten, wie sie seit Jahr und Tag gegen alle ernsthaften politisch-sozialen Umwälzungen auf der ganzen Welt eingeschritten sind – vorausgesetzt natürlich, dass sie einmal den leidigen Vietnamkrieg los wären. So ist Moskau tatsächlich bis zu einem gewissen Grad an der Selbstbehauptung de Gaulles und seines Regimes interessiert – und die französischen Kommunisten sind dadurch entsprechend stark im Kampf für einen Sturz des Gaullismus gehemmt. In der sowjetischen Presse ist denn auch die Wahlniederlage derjenigen Parteien, die einen «atlantischen», das heisst amerikanischen Kurs der Aussenpolitik wünschen, als besonders bemerkenswert verzeichnet worden...

Aber die französischen Kommunisten werden sich nicht allein von solchen wahlpolitischen Rücksichten auf sowjetrussische Bedürfnisse freimachen müssen; sie werden auch von der bedenklich sozialkonservativen Linie der neueren sowjetischen Entwicklung ganz allgemein abrücken müssen, wenn sie als sozialistische Geschichtskraft überhaupt eine Zukunft haben wollen. Mit der blossen Verdammung der Fehlleistungen revolutionärer Bewegungen ist es nicht getan. Worin wir diese Fehlleistungen in besonderem Mass sehen, haben wir in unserer letzten Rundschau deutlich genug ausgesprochen: es ist die überlegte Anwendung von Gewaltmitteln, verbunden mit planmässigen Ordnungsstörungen, Eigentumsbeschädigungen usw., sowie der sittliche, besonders sexuelle Libertinismus, dem namentlich ein Teil der radikalen Studenten huldigt.

Dass Gewaltrevolution nur zur gewalttätigen Gegenrevolution als unmittelbarer Reaktion der Herrschenden führt, ist eine so alte Erfahrung, dass dazu kaum noch etwas zu sagen ist. In Frankreich haben wir das neueste grosse Beispiel dafür, und auch in der Schweiz hat die zuchtlose Jugendlichenrevolte, wie sie in Zürich ausprobiert wurde, die zu erwartende Antwort des Bürgertums und seines Ordnungsapparates bewirkt. Was aber die Verneinung sittlicher Autorität, die Verkündung und Ausübung des angeblichen Rechtes zu hemmungslosem Sichausleben betrifft, so hat, wie man jetzt sieht, der Aufstand der Pariser akademischen Jugend noch ärgere Ausschweifungen gezeitigt, als man sowieso annehmen musste. Ein

Bericht der United Press International, den z. B. die Genfer «La Suisse» (3. Juli) wiedergibt, stellt fast vandalische Zerstörungen und Schändungen in der Universitätsstadt von Nanterre fest, und deutet mindestens an, dass Rauschgifte und wahllose Geschlechtsgemeinschaft an der Tagesordnung waren*.

Hier wird eine tiefgehende Reinigung auch in den Reihen der sozialistischen Jugendbewegung eintreten müssen, wenn nicht unabsehbares Unheil geschehen soll. Aber ganz allgemein hat die jüngste Entwicklung der «linksradikalen» sozialistischen Bewegung, das Gegenstück zur Verbürgerlichung der Rechtssozialdemokratie, die Notwendigkeit einer *Erneuerung des Sozialismus aus seinem geistig-sittlichen Grundwesen* so handgreiflich bewiesen wie vorher kaum eine andere Erscheinung. Was ich an anderer Stelle des vorliegenden Heftes über diese Kernforderung von Leonhard Ragaz erwähnte, gilt in besonderem Mass für den französischen Sozialismus. Ein Sozialismus, wie wir ihn mit Ragaz (und anderen tiefen Denkern) verstehen, hätte in Frankreich einen besonders guten Boden vorgefunden. Er hätte es kaum zu so etwas wie der Gaullismus kommen lassen, und *wenn* es doch der Fall gewesen wäre, so hätte er den Kampf mit ihm auf einer Ebene aufzunehmen vermocht, die weder für den flachen Sozialdemokratismus eines Guy Mollet oder Mitterand noch für den alle Hemmungen verachtenden Linksradikalismus der Studenten oder den Scheinrevolutionarismus der Kommunisten Platz gehabt hätte. Und wir können uns wirklich keine gesunde und dauerhafte Entwicklung über den Gaullismus hinaus vorstellen, ohne eine gründliche Erneuerung des französischen Sozialismus von seinem sittlichen Kernbestand her.

De Gaulles Sieg ist ja wahrlich ein Pyrrhussieg. Der Mann und sein Regime sind moralisch gerichtet, und sie werden auch dann, wenn de Gaulle selber von der Schaubühne abtreten und im Vertrauen auf seine «unangreifbare» Mehrheit in der Kammer die Macht an einen Pompidou übergeben sollte, nur zu bald auch politisch abgewirtschaftet haben. Die Aufgaben, vor denen Frankreich steht, wird das neue Parlament nicht lösen können. Die Probleme, die zu den Maiereignissen geführt haben, werden sich erneut melden und nach einer Bewältigung verlangen. Aber wird die so elend zusammengehauene «Opposition»** dann die Lehren aus ihrem

* Ich zitiere wörtlich einen Anschlag im Hauptbüro des Cohn-Bendit: «Je puise ma force dans la haine de la police, le haschisch et le bacumin, je vous déteste et je peux faire l'amour avec ma sœur (murmure de droite en entrant).» Dass Rauschgifte für die Jugend eine schwere Gefahr sind, unterstreicht auch die Unesco-Monatsschrift «Le Courier» (Mainummer) in einem aufschlussreichen Artikel.

** Halten wir doch fest, dass hinter de Gaulle nur eine Minderheit von Wählern steht und dass die Oppositionsparteien mit nur wenig geschwächter Anhängerschaft aus den Wahlen hervorgegangen sind. Die demokratisch-sozialistische Föderation hat zwar über die Hälfte ihrer Abgeordneten verloren, aber ihre Stimmenzahl von 19 Prozent im Jahr 1967 sogar auf jetzt 21 Prozent zu steigern vermocht, und die Kommunisten haben nur um 1,4 Prozent weniger Stimmen bekommen als letztes Jahr, obwohl sie ebenfalls mehr als die Hälfte ihrer Sitze eingebüsst haben.

schuldhaften Versagen gezogen haben? Wird sie die innere Kraft gewonnen haben, das Neue zu schaffen, nach dem das französische Volk trotz allem dürstet? Die Frage ist gestellt. Die Antwort wird die französische Linke geben müssen. Ein wirklicher, ein im echten Sinn revolutionärer Durchbruch zu einem sozial und politisch erneuerten Frankreich wird jedenfalls nur erfolgen, wenn vorher – oder gleichzeitig – die geistige und sittliche Revolution geschieht, auf die alles hindrängt.

Westdeutsche Aufgaben Verglichen mit dem nur oberflächlich normalisierten, in Wahrheit aber tief aufgewühlten Volksleben Frankreichs macht *Westdeutschland* politisch eher den Eindruck eines beruhigten, guteingespielten Staatswesens, dessen Bevölkerung im Schatten ihres wirtschaftlichen Wohlergehens glücklich dahindöst. Nicht dass es in der Bonner Republik an grossen drängenden Aufgaben fehlte. Es gibt sie – und in welcher Fülle! Aber der Durchschnittsdeutsche hat eben, wie man so sagt, keinerlei revolutionäres Temperament, wie die Franzosen es von jeher haben – «semper novarum rerum cupidi» («stets gierig auf Neuerungen»), hiess es schon von den alten Galliern. Deutschland hat es eben seit dem unglücklichen Bauernkrieg im 16. Jahrhundert überhaupt zu keiner echten Revolution gebracht. Die alten Mächte, gegen die etwa rebelliert wurde, sind immer schnell wieder obenaufgekommen, so 1848, so 1918/19, so nach 1945. Und auch der jüngste Ansatz zu einer revolutionären Bewegung, die Erhebung von Studenten nach dem Anschlag auf ihren Sprecher Dutschke, wurde mit der blossen Drohung des Einsatzes aller staatlichen Gewaltmittel gegen den «Umsturz» mühelos erstickt. Das übrige tut der jahrhundertelang gezüchtete und bewährte deutsche Untertanengeist.

Und doch hätte Westdeutschland eine Erneuerung seines ganzen Volkslebens an Haupt und Gliedern noch nötiger als Frankreich. Dass es auch aus der zweiten Kriegskatastrophe, die es sich zugezogen, keine ernsthaften Folgerungen zu ziehen wusste und mitten in einem friedenshungrigen Europa einem dritten «Verteidigungskrieg» zusteuert, dass es wiederum ein Hort von kapitalistischer Machtballung und Diktaturwillen geworden ist, sagt eigentlich alles. Nicht umsonst sammelt sich die Bewegung für ein neues Westdeutschland um den Kampf gegen die *Notstandsgesetze,* die nun ja nach langem Hin und Her doch im Parlament durchgedrückt worden sind. «Die Bundesrepublik Deutschland», so findet Frau Dr. Riemeck, eine Führerin der Bewegung, «ist nach dem 29. Mai 1968 nicht mehr, was sie vorher war.» (Bulletin des Fränkischen Kreises, Juninummer.) «Mit der Beseitigung unveräusserlicher Grundrechte und der Übertragung weitgehender Ermächtigungen an die Exekutive – es geht dabei um nicht weniger als 25 Grundgesetzänderungen mit 57 Absätzen! –, mit dieser Deformierung des Grundgesetzes hat die Bundestagsmehrheit, genauer gesagt: haben die Führungsspitzen von CDU/CSU und SPD den Sinn der Verfassung in sein Gegenteil verkehrt. Der Weg für die Etablierung eines

autoritären Regimes wurde formal geebnet, die politische Planung für Krieg und Bürgerkrieg legalisiert... Der Verfall der Demokratie, der sich darin ausdrückt, verpflichtet die *ausserparlamentarische Opposition* zum Widerstand und zur Fortsetzung des Kampfes für die Demokratisierung. Sie wird keine Ruhe geben; für sie hat nur eine neue Ära des Kampfes begonnen. Dieser Kampf wird vielfältige Züge haben, viele Formen entwickeln. Er ist zu führen und wird geführt werden

für die Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben und die Mitbestimmung der Studierenden an den Hochschulen und Universitäten;

für die Demonstrationsfreiheit;

für die Demokratisierung und gegen den Missbrauch publizistischer Macht, wie das beim Springerkonzern der Fall ist;

für die Unversehrtheit der Grundrechte und das Recht auf Arbeit;

für das Verbot sämtlicher neonazistischer Organisationen.»

Der Kampf der westdeutschen Opposition wird darüber hinaus selbstverständlich der ganzen Wirtschafts- und Aussenpolitik der Bundesrepublik und besonders auch ihrer militärischen Aufrüstung gelten, dem gefährlichsten Werkzeug der nationalistisch-kapitalistischen «Wiedergeburt». Er wird sich nicht durch Manöver wie die Einleitung einer «neuen Ostpolitik» von seinem Ziel ablenken lassen. Und ebensowenig durch das planmässig-bornierte Streben nach Zerstörung des ostdeutschen Staates, des stärksten Hindernisses für die neue Ausdehnung des westdeutschen Herrschaftsbereichs nach Osteuropa. Man kann sich zwar fragen, ob die kürzlich von der Regierung der DDR angeordnete Einführung des Passzwanges für die Einreise von Westdeutschen und Westberlinern in ostdeutsches Gebiet (das ja Westberlin umschliesst) ein geschickter Schachzug im Spiel um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR war. Auf jeden Fall hat man sich in der Bundesrepublik nicht darüber zu beklagen. Und die lahme Antwort der Westmächte auf diese Massnahme zeigt nur zu deutlich, dass man in Washington, London und Paris anderes zu tun hat, als die Scharfmacherei Bonns zu unterstützen, das ja für sich allein ohnmächtig ist, das allmähliche Hinserbeln des nur noch künstlich zu ernährenden Westberlins zu verhindern.

Über die Schwierigkeiten des Kampfes für ein erneuertes Westdeutschland geben sich seine Führer keinen Täuschungen hin. Er muss auf alle Fälle auch und besonders nachdrücklich gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtet werden, die in ihrem blinden Drang zur Regierungsmacht sich nicht geschämt hat, zur Juniorteilhaberin der Christlich-Demokratischen Union und damit zu Mitverantwortlichen für deren Bankerottpolitik herabzusinken. Was für *Formen* der Kampf der ausserparlamentarischen Opposition annehmen soll und kann, ist vorderhand freilich noch reichlich unklar. Man gewinnt trotzdem mehr und mehr – dem Augenschein zuwider

– das Vertrauen, dass die besten Kräfte des westdeutschen Volkes den Weg doch finden werden, um das Verhängnis abzuwehren, das Deutschland ein drittes Mal droht, und das neue Europa mitschaffen zu helfen, das sich in einer ganzen Reihe von Ländern, in Ost und West und Süd, durch hoffnungsvolle Bewegungen der mannigfaltigsten Art ankündigt.

Die Tschechoslowakei im Kampf Dass zu diesen Bewegungen namentlich auch diejenige für die *Liberalisierung der Tschechoslowakei* gehört, liegt klar auf der Hand. Sie hat zwei Hauptwurzeln. In erster Linie das *Versagen* der zentralistisch-bürokratischen *Zwangswirtschaft.* (Die Anhänger der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung werden das mit Befriedigung festgestellt haben.) Ihre Folgen sind ungesunde Preissteigerungen, Fehlanlagen von Kapital, die namentlich auch zu einer solchen Zahl unfertiger Bauten geführt haben, wie sie kaum in einem anderen Industrieland ihresgleichen hat, empfindlicher Warenmangel, unbefriedigende Dienstleistungsbetriebe, oftmals geringe Qualität der Erzeugnisse, verhältnismässig niedrige Arbeitsleistung usw. Professor Ota Šik, einer der Hauptvorkämpfer einer neuen Wirtschaftspolitik, urteilt (in einem Aufsatz, der von der Zeitschrift «Im Herzen Europas», Prag, Maiheft) wiedergegeben wird, noch recht mild, wenn er bemerkt: «Vergleichen wir die Entwicklung unserer Volkswirtschaft mit derjenigen in den meisten kapitalistischen Ländern, so fällt unsere Bilanz nicht gerade am günstigsten aus.» Die Umstellung auf eine bestimmte Form der «freien Marktwirtschaft» mit viel grösserer Beweglichkeit der Wirtschaftsträger ist daher in vollem Gang. Im einzelnen verlangt Professor Šik: «1. Das Bauwesen schneller erweitern, Arbeiter aus unrentablen Fachgebieten umschulen und so die Fristen für den Investitionsbau verkürzen, den Wohnungsbau erweitern; 2. Die Produktion von Konsumgütern aus dem Maschinenbau auch um den Preis erweitern, dass die Erzeugung unrentabler Produktionsmittel gedrosselt wird; 3. Den unmittelbaren gegenseitigen Austausch von Konsumgütern zwischen sozialistischen Ländern erweitern, eine qualitativ bessere Ausfuhr in kapitalistische Staaten und von dort die Einfuhr von Gebrauchsgütern steigern; 4. Verluste senken, die sich aus unnötiger Produktion ergeben, zu der die Direktoren auf Grund der Preise gedrängt werden, denn für ein Unternehmen kann eine solche Erzeugung vorteilhaft sein, obwohl sie für die Gesellschaft als Ganzes verlustreich ist.»

Die zweite Hauptwurzel der Reformbewegung ist die elementare Auflehnung grosser Volksteile gegen die Einschränkung oder Abschaffung grundlegender *Freiheits- und Volksrechte,* wie sie seit fast 30 Jahren Tatsache war – eine Auflehnung, die mit materialistischen Antrieben nicht erklärt werden kann und aus den zeitlosen, tiefsten Kräften des menschlichen Gewissens stammt. Vorkämpfer dieser Bewegung waren nicht etwa die Studenten; ihre Haltung wird von urteilsfähigen Beobachtern als «ge-

radezu beunruhigend vorsichtig und bescheiden» bezeichnet. Es sind vielmehr die Angehörigen freier Berufe, besonders Schriftsteller, Journalisten, Künstler aller Art. Sie vor allem haben erreicht, dass heute in der Tschechoslowakei sozusagen völlige Freiheit von Rede, Schrift, Vereinigung und Versammlung herrscht, und dass die Opfer der Unterdrückungspolitik massenhaft freigelassen oder, wenn sie nicht mehr lebten, wenigstens moralisch gerechtfertigt wurden. Dass ohne grössere wirtschaftliche Freiheiten auch die politischen Freiheiten nicht zu halten wären, ist freilich sicher.

Aber nun ist gleich zu Beginn der liberalen Reformen ein heftiger *Widerstand* gegen ihre folgerichtige Weiterführung entbrannt. Seine Träger, die Stützen und Nutzniesser des alten Regimes, erklären die ganze sozialistische Grundlage der tschechoslowakischen Wirtschaft und Gesellschaft in Gefahr. Sie sind zwar innerhalb der massgebenden politischen Körperschaften so ziemlich entmachtet, an ihrer Spitze der langjährige Staatspräsident und Parteiführer Novotny, bearbeiten aber mit Leidenschaft die Parteisektionen, die Gewerkschaften, die Arbeiter und Angestellten überhaupt, die Streitkräfte und die Polizei. Auf ihrer Seite stehen die Sowjetunion, Polen und die DDR, und die Überschwemmung der Regierung mit unmöglichen Lohnforderungen und sonstigen Begehren aller Art gibt ihnen dauernden Auftrieb. Der neue Parteiführer Alexander Dubcek muss darum gleichzeitig nach zwei Seiten zuschlagen: gegen die konservativen Kräfte, die lahmzulegen er sich mit soviel Erfolg bemüht hat, und gegen ein hemmungsloses Reformieren, das über kurz oder lang zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zurückführen könnte. Ein schwieriger Balanceakt!

Eine nächste Entscheidung in diesem Kampf soll auf dem kommunistischen Parteitag erfolgen, der im Herbst stattfinden wird. Ohne Zweifel besteht in der tschechoslowakischen Arbeiterschaft, vorab bei den ungelernten Arbeitern, grosses Misstrauen gegen die liberalen und namentlich die intellektuellen Befürworter von Wirtschaftsreformen. Die neue Regierung glaubte darum geschickt zu handeln, indem sie schon für das erste Vierteljahr 1968 eine allgemeine Lohnerhöhung um zehn Prozent verfügte – eine Erhöhung, die weit über die zu erwartende Steigerung des Wirtschaftsertrags hinausgeht und nur die Inflation verschärfen kann. Ob Dubcek mit seiner Doppelstrategie am Parteitag durchdringen wird, steht dahin, ist aber wahrscheinlich. Die sozialistische Ausrichtung der tschechoslowakischen Wirtschaft steht ja kaum in Gefahr, solange Gemeineigentum an den bedeutenden Wirtschaftsmitteln und soziale Planwirtschaft weiter anerkannt sind. Auch der höchst ungenierte Druck aus Moskau mit dem Bölimann der drohenden Rückkehr des Kapitalismus wird nicht viel ausrichten. Er macht sich ohnehin etwas seltsam von einer Seite her, die seit Jahren von China aus mit Anklagen wegen kapitalistischer Verräterei überschüttet wird, und ist im übrigen insofern auch gar nicht nötig, als die Tschechoslowakei allen Grund hat, im Verband mit dem Sowjetblock zu bleiben, dessen Auflösung sie selbst in schwere Gefahr gegenüber Deutschland bringen müsste.

Eine Schwäche der liberalen Bewegung ist freilich, dass sie bisher wohl oder übel dem Anspruch der Kommunistischen Partei zustimmen musste, *die* Volkspartei zu sein, neben der keine andere Partei Platz habe – ein Mangel an Folgerichtigkeit, den die Reformer peinlich empfinden. Solange die Dubcek-Linie eingehalten wird, besteht tatsächlich, wie David Caute im «New Statesman» (21. Juni) darlegt, nicht nur die Gefahr, sondern sogar «die Wahrscheinlichkeit, dass eine Partei, die ein Machtmonopol aufrechterhält, neuerdings verkalken und zu einer unfruchtbaren Bürokratie werden wird, die keine organische Empfindsamkeit gegenüber Gefühlen und Druckbewegungen im Volk hat. Der ganze Gesellschaftsbau ist mit den alten Verhaltensweisen durchsetzt, der Opportunismus blüht üppig und Tausende von heutigen Liberalen waren gestern noch Konservative.» Man kann nur hoffen, dass es in der Tschechoslowakei möglich sein wird, «durch Probieren und Irren» Ausdrucksformen einer *sozialistischen* Demokratie zu finden, die es erlaubt, wirtschaftliche und politische Selbstbestimmung vereint zu entwickeln, und die weder eine sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft ohne echte persönliche und Volksrechte noch politische Freiheit ohne planvolle Wirtschaft für das Volk und durch das Volk zu verwirklichen sucht.

Es eilt für Israel! Ich möchte aber diese Rundschau doch nicht abschliessen, ohne ein wenn auch noch so kurzes Wort über *Israel* beizufügen. Denn die Gefahr wächst mit jedem Monat, dass die Araber ihren längst angekündigten *Rachekrieg* eröffnen. Man weiss das in Israel nur zu genau und bereitet sich mit aller Umsicht darauf vor – durch militärische Aufrüstung, Waffenkäufe, Befestigung der strategischen Grenzen und dergleichen übliche Vorkehrungen. Aber auf diese Art Verteidigung grosse Hoffnungen zu setzen, wäre Selbsttäuschung, wenn nicht Leichtsinn. Die arabischen Staaten werden in einem neuen Krieg militärisch viel besser dastehen als im Juni 1967. Hinter ihnen steht ja die Sowjetunion mit ihrer gewaltigen Macht, die sie politisch wie wohl auch militärisch, gewitzigt durch ihre schlechten Erfahrungen im Sechstagekrieg, bestimmt wirksamer einsetzen wird als damals. Zwischen Nasser und den Moskauer Regierenden ist beim jüngsten Besuch des ägyptischen Diktators in der Sowjetunion gewiss schon alles ins Reine gebracht worden. Für Israel aber wird sich kein Finger regen, zumal solange Amerika in Vietnam festgelegt bleibt.

So oft ich diese ganze Lage überlege, komme ich immer wieder zum selben Schluss, den ich hier schon wiederholt gezogen habe: Israel wird sich nur retten können, wenn es sein Vertrauen nicht auf «Rosse und Wagen» und Grossmachtbündnisse setzt, sondern sein künftiges Dasein *mit der Befreiung der arabischen Völker aus ihrer Lebensnot verknüpft.* Nur in dem Mass, da Israel sein Blühen und Gedeihen in eine ganz durchgreifende Entwicklungshilfe an die in untermenschlichen Verhältnissen vegetierenden arabischen Völker einbaut, wird es selber Bestand haben.

Einfach abwarten zu wollen, bis es den Arabern gefällt, in Friedensverhandlungen mit Israel einzutreten, und inzwischen die eigene Kriegsbereitschaft zu vervollkommnen, ist ein vergebliches Beginnen. Israel *kann* nicht leben und seine hohe Kulturstufe behaupten, während die Volksmassen in seinen Nachbarländern im Elend stecken bleiben und dieses Elend von ihren Beherrschern für die Schürung des Hasses gegen den «landfremden Eindringling» missbraucht wird, solange also die arabischen Völker nicht sehen, wo ihr wirklicher Feind steht.

Das sei heute noch einmal mit aller Klarheit ausgesprochen. Wenn deswegen dieser Überblick über die Weltlage mit einer besorgten Warnung vor drohendem Unglück ausklingen muss, so ist das nicht meine Schuld. Ob sich wohl in der hergebrachten politischen Sommerpause, die jetzt begonnen hat, die für Israels Schicksal Verantwortlichen Zeit zur Besinnung auf ihre wirkliche und dringlichste Aufgabe nehmen werden? Niemand kann es voraussagen. Wir können nur hoffen, dass sich die Besorgnisse, die viele Freunde Israels umtreiben, als grundlos erweisen und der Herr über Israel und die Welt trotz aller Widerspenstigkeit der Menschen ihnen «um seines Namens willen, um seine Heldenkraft zu erweisen», helfen werde, wie es im 106. Psalm heisst, den der Schreibende gerade heute morgen gelesen hat. Es wäre nicht das erste Mal!

7. Juli. *Hugo Kramer*

Werbet

unermüdlich für die

Neuen Wege

Probehefte stehen immer zur Verfügung

An unsere Abonnenten

Diesem Heft der «Neuen Wege» liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten unsere Abonnenten höflich um Überweisung des Abonnementsbetrages für das 2. Halbjahr 1968 (Fr. 15.–) oder für das dritte Quartal 1968 (Fr. 7.50).

Der Einzahlungsschein liegt aus *technischen* Gründen der ganzen Inlandauflage bei. Für bereits einbezahlte Abonnementsbeträge herzlichen Dank. Ebenso Dank zum voraus für die Güte eventueller Verwendung des überzähligen Scheines zu einem Beitrag in unsere arme Kasse.

Diese Gedächtnisnummer kann zum Preis von Fr. 3.– bei der Administration (Sofie Zoller) Manessestrasse 3, 8003 Zürich, bezogen werden.